



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Baden.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Jede Nuance wird mit Feinheit hervorgehoben und dort, wo sich der Dichter eine Blöße gegeben, deckt der Schauspieler mit Schonung zu. So zum Beispiel als Diane dem Herzoge den Brief für Marceline übergibt und ihm erlaubt, wieder zu kommen, geschieht dies mit einer Koketterie und einer Herausforderung, die sonst gar nicht im Charakter der Gräfin liegt. Rosa Cheri hatte offenbar gefühlt, daß sie nur so das Unwahrscheinliche der späteren Situation retten könne und solcher Züge könnte ich viele anzählen. Dupuis als Max Ternou, Lafontaine als Comte de Lys, Lesueur als Tauvin und Bressaut der Maler leisten jeder das Vollkommenste in seiner Art. Nächstens wollen wir Mauprat unsern Besuch abstatten, wir hoffen, die orientalische Frage wird uns Muße genug lassen.

## N u s B a d e n .

Anfang Decembers.

Wer etwa in den Gast- und Kaffeehausgesprächen bei uns absonderlich viel vom Kirchenconflicte zu hören erwartet, der wird sich arg getäuscht sehen. Die Badenser haben vom langen Belagerungszustande Hören und Schweigen gelernt, und am meisten hat dazu in manchen Gegenden noch die damalige Denunciationsucht beigetragen, das jämmerlichste Symptom politischer Sittenverderbniß. Im gegenwärtigen Conflicte gehen überdies die Landeszeitungen den Schweigenden mit gutem Beispiele voran. Gesehlich kann ihnen freilich die Besprechung der Landesangelegenheiten nicht untersagt werden, allein der ihren Redactionen von der Verwaltungsbehörde gewordene Rath, sich jeder Erwähnung der Vorgänge im kirchlich-staatlichen Kampfe so lang zu enthalten, bis die Karlsruher Zeitung ihr Schweigen breche, wird aufs strengste befolgt. Selbst Thatsächliches erfahren wir, außer den bekannten Regierungserlassen, ausschließlich durch nichtbadische Blätter, unter denen man der Allgemeinen und Frankfurter Postzeitung nicht geringe Geltung in sehr bestimmten höhern Regionen zuschreibt, während Frankfurter Journal, Schwäbische Merkur und Kölnische Zeitung im größern Publikum am meisten verbreitet sind. Die Augsburger Allgemeine und Frankfurter Postzeitung, welche man hier für zuverlässige österreichische Pulsfühler im „Auslande“ hält, haben sich der erzbischöflichen Sache entschieden und mit einer Ueberschreitung des publizistischen Schickslichkeitsmaßes angenommen, daß auch von ihnen einzelne Nummern der Confiscation anheimfielen. Unfers Erachtens hätte man sie passiren lassen können, der moralische Credit der verfochtenen Sachen wäre dadurch gewiß nicht erhöht worden. Dagegen hätte das Publicum erkannt, wie diese Blätter sprechen, wenn ihre Opposition keiner Großmacht gilt und der Billigung ihrer

speciellen Mandatare gewiß scheint. Bei uns eine öffentliche Meinung festzustellen über die kirchenstaatlichen Verhältnisse ist in der That kaum nöthig. Die hierarchischen Bestrebungen sind auch in ihren heutigen Tendenzen kaum neu, und daß es nicht schon seit 1847 zu entschiedenem Conflicten kam, lag wol zum großen Theile daran, daß der Klerus nach beendigter Revolution nicht auch dem allgemeinen Verhängniß des Belagerungszustandes verfallen mochte; darum klug temporisirte. Ferner darf man nicht vergessen, daß sein jüngerer Theil, dessen Mitglieder großentheils dem Jesuitenorden „inscribirt“ sind und gegenwärtig den eigentlichen Grundstock der Revolution bilden, erst in den letzten Jahren die ältern, staats-treuen Geistlichen der Wessenbergischen Schule an Masse und Macht zu überwiegen begann. Sein damaliges Verhalten, seine ostentirte Loyalität ließ ihn den natürlich nach Stützen bedürftigen Regierungsmächten als moralischen Verbündeten im Werke der conservativen Restauration erscheinen. Aber freilich kannte man an den entscheidenden Stellen nur die Kanzelreden und öffentlichen Kundgebungen, nicht die ausdrückliche Reservation der Gewissensberathung und Beichte, welche den Gläubigen stets den weltlichen Gehorsam nur soweit anempfahl, als er „zur Erhöhung der Kirche“ beitrage. Im Publicum mochte selbst von vielen dieser Floskel keine tiefere Bedeutung zugeschrieben werden, keinesfalls diejenige, welche vom Erzbischof und seinen Verbündeten heut in das Wort gelegt wird.

Jedermann muß auffallen, daß die oppositionelle Bewegung des Klerus grad mit dem Tode des Großherzogs begann. Besonders wenn man daran denkt, daß mit diesem Augenblicke ein unmittelbarer Einfluß an Kraft verlor, welcher bis dahin von außenher auf die Entschleßungen des Staatsoberhauptes durch bestimmte Persönlichkeiten geübt worden war. Es schien fast, als suche man dem jungen Regenten des kaum wieder politisch beruhigten Staates diese kirchlichen Verlegenheiten in den Weg zu werfen, damit auch er denselben Einflüssen dieselbe Kraft wieder zugesteh, welche vor seinem Regierungsantritte im Residenzschlosse gegolten hatte. Man erinnert sich auch, daß Schwarzenbergs in Bezug auf Oestreich und Rußland gesprochenes Wort: die Dankbarkeit müsse einmal aufhören, in Baden und in Bezug auf Preußen bereits eclatant zur Anwendung gebracht ward, ehe dazu eine Nöthigung vorlag. Ob ein Aulehnen an dieselbe Macht sich auch unter der neuen Regierung in gleichem Maße durchsetzen lasse — das war die Frage. Um das zu erreichen, sagt man, sei die Auslehnung des oberrheinischen Klerus speciell in Baden von einer mächtigen Seite her begünstigt worden. Natürlich werden sich dafür Beweise schwerlich beibringen lassen. Aber interessant bleibt es immer, unter welchem Gesichtspunkte das Publicum sehr allgemein die Entstehung der jetzigen Verhältnisse auffaßt.

Je weiter sich aber diese Ansichten feststellten, desto natürlicher war's, daß die gebildeteren Schichten des Publicums, also im allgemeinen die Städte (Freiburg ausgenommen) und die regsamere Nordhälfte des Landes (auch confessionell

gemischt) entschieden Partei nahmen für die Rechte des Staates. Sie sahen von vornherein das energische Vorschreiten der Regierung gern, während schon in diesem ersten Momente aus dem obern (südlichen) Theile des Großherzogthums Hinweise auf die österreichische Vermittlung erklangen. Indem sich nun die Regierung der klerikalen Renitenz gegenüber auf das Gesetz berief, welches an die Stelle des Belagerungsstandgesetzes getreten war, konnte sie freilich nicht anders, als zur Anwendung der Verhaftung der renitenten Geistlichen schreiten. Wenn man auch diese formelle Nöthigung anerkannte, so beklagte man doch allgemein grade diese Maßnahme. Denn eben dadurch wurde herbeigeführt, was man von klerikaler Seite gewünscht hatte, nämlich ein persönliches, wenn auch vorläufig kein mitleidiges Interesse der Katholiken an der Angelegenheit, welche man bisher umsonst durch die Presse und allerlei falsche Gerüchte zur confessionellen und sächlichen Parteinahme, zur Aufregung zu machen gesucht hatte. Wie sehr die Geistlichen den Anschein des Martyriums gewünscht hatten, ging auch bald nachher daraus hervor, daß, als man die Verlesung des Hirtenbriefs nicht mehr mit Gefängniß bestrafte, mehrere verhaftete Geistliche nicht eher aus dem Gefängniß gehen wollten, als bis ihre sämmtlichen „Mildthuler“ auf freiem Fuße seien. Als Ursache dieser eingetretenen Mildering sieht man aber wohl nicht mit Unrecht die Weigerung an, welche der Stadtdirector v. Uria in Heidelberg (nicht auch, wie ultramontanerwärts verbreitet wurde, Graf Hennin in Rastatt) den Befehlen der Regierung zur Vornahme von Verhaftungen renitenter Geistlichen entgegensetzte. Erfreut man sich nun auch des gewonnenen Resultats, weil dadurch sofort die künstlich aufgestachelte Aufregung der starkkatholischen Massen erloschen ist, so beklagt man doch allgemein, daß die Renitenz jenes Beamten vorläufig bloß mit einem einfachen Verweise bestraft wurde. Abgesehen davon, daß Herr v. Uria als Haupt des ultramontanen Laienthums gilt, liegt in seinem Falle eine ganz unzweifelhafte Pflichtverletzung als Beamter vor, während natürlich von der Gegenpartei solche Milde als Schwäche der Regierung ausgebeutet, im Publicum verbreitet und dieses zu einer Mißachtung der politischen Gewalten hingeleitet wird. Man braucht bloß die ultramontanen Blätter zu lesen, um dafür die Beweise massenhaft zu finden.

Trotzdem ist den ultramontanen Bestrebungen mit dem Aufhören der Verhaftungen ein mächtiger Hebel zur Betheiligung der Massen am kirchenstaatlichen Conflict genommen. Man hatte selbst die sehr leichten Zusammenläufe im Oberlande, welche von den ultramontanen Blättern riesenhaft übertrieben worden sind, nur mit Mühe zusammengetrommelt. Darin lag der Beweis, daß man Zusammenrottungen wünschte. Aber schon hörte man auch grade aus demselben Lager, von wo aus das „arme Volk“ aufgeregter worden war: wenn ein Staat Aufstände nicht verhindern könne, so müsse sofort der stärkere Nachbarstaat zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung berufen werden; Württemberg stehe jedoch selbst „der heiligen Kirche“

feindlich entgegen, auch dort werde sich das „Volk“ ihrer Bedrängniß annehmen; man müsse also vorarlbergische Truppen von Oestreich erbitten und dann Oestreich um seine Vermittlung angehen. — Wer die Verhältnisse nur einigermaßen kennt, kann die Wichtigkeit solcher Erscheinungen und Aeußerungen nicht verkennen. Man mußte sich unwillkürlich fragen: lag im letzten Wunsche etwa der Grund zur Anstiftung jener Aufregungen?

Gleichzeitig hieß es auch wirklich, Oestreich habe seine Vermittlung angeboten; fast ebenso gleichzeitig wurde diese Nachricht von den intimen Blättern der östreichischen Politik in Abrede gestellt. Die Wahrheit ist in der Mitte gelegen. Es braucht oftmals etwas nicht angeboten zu werden, was man doch so nahe legt, daß selbst der höflichste Abweis als Zurücksetzung oder Mißtrauen gedeutet zu werden vermag. Wir können uns unter den heutigen Preßverhältnissen nicht näher auf den eben angeregten Umstand einlassen. Soviel scheint sicher, daß die Darstellung der Streitverhältnisse, welche am 1. Dezember in der Karlsr. Ztg. erschienen und der badischen Presse die Erörterung freigeben sollte, deshalb zurückgestellt worden ist, weil nun von Frankfurt her neue Veranlassungen zur Aufnahme östreichischer Vermittlung erfolgten. Im Publicum würde man über das Eingehen auf diesen Plan keineswegs erfreut sein; denn man hat durchaus kein Vertrauen zu den Persönlichkeiten, von denen er jetzt abermals ausgeht. Ueberdies gedenkt man der östreichischen Vermittlung im orientalischen Streite, welche, wenn sie angenommen worden wäre, die Türkei mit gebundenen Händen an Rußland geliefert haben würde. Directe russische Souveränität hätten wir nun allerdings nicht zu besorgen. Aber Baden glaubt belehrt zu sein, daß auch directe Einflüsse einer „befreundeten“ Gesandtschaft der natürlichen Convalescenz des noch immer mannigfach kranken Staates nichts weniger als förderlich ist. — Man hat nun wol auch von preussischer Vermittlung gesprochen und sie findet im Publicum den weitesten Anklang; allein vor der Hand scheint Preußen weiter gar keine Notiz von unsern Zuständen zu nehmen, als daß es der Kölner „Deutschen Volkshalle“ eine Sprache gegen Baden erschwert, die zur wildesten Zeit der Jahre 1848 und 49 von der röthesten Demokratie nicht roher gehandhabt worden ist. Directe Beziehungen zwischen der Regierung und dem päpstlichen Stuhle einzuleiten, erschiene wol am räthlichsten. Natürlich kann dies nicht eher geschehen, als bis wieder vollkommen die factischen Verhältnisse, wie sie vor dem Kirchenstreit waren, hergestellt sind. Außerdem haben die ultramontanen Blätter lügenhaft verbreitet, der päpstliche Nuntius aus Wien, der Bischof von Strasburg &c. hätten Vermittelungen zwischen der Regierung und dem Erzbischof eingeleitet; man ließ sie sogar schon im Lande herumreisen. Nur schade, daß davon nichts wahr ist und schon darum nichts wahr sein kann, weil dann das bürgerliche Verhältniß des Erzbischofs zum Staat zuerst in Frage träte. In diesem ist er jedoch Unterthan und von einem gegen die Staatsgesetze offen auf-

tretenden Unterthanen kann a priori die Regierung sich keine Bedingungen vorlegen lassen, von deren Erfüllung er sein gesetzmäßiges Verhalten abhängig machen will.

Unser Landtag tritt wahrscheinlich kurz vor Weihnachten zusammen. Er besteht aus 35 Katholiken und 28 Protestanten. Die Wähler haben demnach gezeigt, daß sie auf die Confession keine Rücksicht nehmen. Nach den confessionellen Bevölkerungsverhältnissen müßte er sonst 42 Katholiken zählen. Unter den Gewählten befinden sich auch fast keine confessionellen Parteimänner! In politischer Hinsicht erscheint er vollkommen gouvememental. Trotzdem ist es noch äußerst fraglich, ob ihm die Regierung eine Vorlage über den Kirchenstreit machen wird. Im Publicum wünscht man es lebhaft, weil es aus seinen Kundgebungen sicherlich erkennen würde, wie groß die Sympathien der Landesvertretung für ihr Vorschreiten gegen die hierarchischen Uebergriffe sind — umso größer, als leider Hesse-Darmstadt gar nicht, Württemberg nur zweifelhaft mit ihr ein und dasselbe Princip in einem Kampfe verfolgt, der nicht bloß der badischen Staatsoberhoheit, sondern aller Staatsouveränität gilt und Baden nur zum ersten Angriffspunkt gewählt hat. Im übrigen hört man, daß eine Anleihe von  $4\frac{1}{2}$  Million Gulden zur Verschmälung der Eisenbahnschienen zur Bewilligung gestellt werden solle. Anderwärts verlautet, auch ein Gesetz über gemischte Ehen werde eingebracht werden. Geschähe dies, so wäre die Verhandlung der jetzigen kirchlichen Zustände kaum zu vermeiden.

Schließlich seien noch einige der bedeutendsten Brochüren über den hierarchischen Kampf angemerkt. Die erste war von dem bekannten Ultramontanen Moriz Lieber „In Sachen der oberrheinischen Kirchenprovinz“ (Freiburg i. Br., Herder), vor etwa 2 Monaten erschienen und natürlich im zelotischen Sinne, mit Verdrehungen und Sophistereien der handgreiflichsten Art geschrieben. Ihr folgte vor etwa 3 Wochen eine „Beleuchtung der Entschließung der Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz auf die bischöfliche Denkschrift vom März 1851.“ Angeblich „von einem Laien“, aber sehr wahrscheinlich von einer dem Bischof von Mainz nahestehenden Persönlichkeit. „Die Mutterkirche, ein Friedenswort an unsere katholischen Mitchristen“, vor etwa 14 Tagen herausgekommen, ist eine sehr schwache protestantische predigtartige Arbeit, die vielleicht einen Frankfurter Pfarrer zum Verfasser hat. Gutmeiern allein kann bei einem solchen Conflict nichts fördern und helfen. Interessanter ist dagegen „der bischöfliche Streit, Sendschreiben an Herrn Regierungsrath und Stadtdirector Burger zu Freiburg“, ein einziger Druckbogen, vor wenigen Tagen erschienen, aber darum von so großer Wichtigkeit, weil darin vom strengkatholischen Standpunkt aus die Unrechtmäßigkeit und Machtlosigkeit der vom Erzbischof ausgesprochenen Excommunication und die nachtheiligen Wirkungen seines ganzen Vorgehens auf die katholische Kirche geistvoll und schlagend nachgewiesen sind. Man schrieb zuerst das Sendschreiben

(Doch wol mit Unrecht) dem bekannten Herrn H. v. Andlaw zu, weil ein Motto aus dessen „Aufrubr und Umsturz in Baden“ an der Spitze steht. Es lautet: „Das Princip der Revolution erkennt in seinem letzten Grunde das fremde Recht gar nicht an und stempelt das Unrecht, das sie ausübt, zu ihrem eignen Recht.“

### Neue historische Schriften.

Leben des Oberpräsidenten Frh. von Vincke. Nach seinen Tagebüchern bearbeitet von G. v. Bodelschwingh. Zum Besten der Vinckeschen Provinzial-Blinden-Anstalt für Westphalen. 1 Bd.: das bewegte Leben (1774 bis 1816). Mit 23 Bildniß und neun Nachahmungen von Handschriften. — Berlin, G. Reimer. —

Es ist unter den Parteien, die sich auf dem Boden der constitutionellen Entwicklung Preußens bewegen, eine aufgetreten, die man mit dem Namen der altpreussischen zu bezeichnen pflegt: ein Name, dem wir vor vielen andern den Vorzug geben, weil er nicht auf eine unbestimmte Zukunft hinweist, sondern eine durchaus concrete Vorstellung ausdrückt. Das Preußen der Restaurationszeit hat aber so viele mißliebige Erinnerungen hervorgerufen, daß es sehr zweckmäßig ist, von Zeit zu Zeit in ausgeführten Bildern auf jenen Begriff des Altpreussischen zurückzuweisen. Die Preußen aus der Schule des alten Friz und die Preußen, welche zur Zeit der französischen Herrschaft die Wiedergeburt des Vaterlandes herbeiführten, waren nicht feine, an elegante Formen gewöhnte Staatsmänner und Diplomaten, wie man sie in andern Staaten von älterer Tradition häufig antrifft, sie bemühten sich nicht, den Catholicismus und die Revolution vom höhern philosophischen Standpunkt aufzufassen, es gab darunter sogar einige, welche mir und mich verwechselten und gegen die ganze höhere Literatur gleichgiltig waren; sie waren auch im Umgang durchaus nicht fein und lebenswürdig, im Gegentheil zum Theil sehr grobkörnige, kurzangebundene Männer, mit denen sich schwer verkehren ließ: dafür hatten sie aber, was unsern modernen Staatsmännern zum großen Theil abgeht, eine feste eiserne Entschlossenheit, ein gewaltiges, unerschütterliches Gefühl der Ehre, eine unmittelbare, nicht bloß reflectirte Liebe zum Vaterlande und einen sichern praktischen Blick, der sie überall auf das Wesentliche führte. Das „Leben Steins“ von Perz und das „Leben Yorks“ von Droysen haben uns bereits erhebende Bilder von solchen Männern dargestellt; hoffentlich wird noch eine ganze Reihe ähnlicher Schriften folgen.

Das vorliegende Werk schließt sich dieser Literatur auf eine würdige Weise an. Der im J. 1844 verstorbene Oberpräsident Vincke gehörte zu den kräftigsten Vertretern der Steinschen Periode. Herr v. Bodelschwingh, der ehemalige preuss. Minister, stand ihm in Familien- und geschäftlichen Beziehungen nahe und er hat